

JULIE FRANCASTEL

Steuerung des  
Aktionärskreises durch  
Anteilsvinkulierung

*Schriften zum  
Unternehmens- und Kapitalmarktrecht*

33

---

**Mohr Siebeck**

# Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von den Direktoren  
des Instituts für Unternehmens- und Kapitalmarktrecht  
der Bucerius Law School in Hamburg

Jörn Axel Kämmerer, Karsten Schmidt und Rüdiger Veil

33





Julie Francastel

# Steuerung des Aktionärskreises durch Anteilsvinkulierung

Eine rechtsvergleichende Betrachtung des  
deutschen und französischen Rechts

Mohr Siebeck

*Julie Francstel*: geboren 1984; Deutsch-französischer Magisterstudiengang der Universitäten Köln und Paris I (Panthéon Sorbonne); 2009 erste juristische Prüfung; Magister Juris (Oxford); Referendariat am Landgericht Wuppertal; 2012 zweites juristisches Staatsexamen; 2014 Promotion an der Universität Köln; seit 2014 Notarassessorin (Rheinische Notarkammer).

ISBN 978-3-16-153932-9 / eISBN 978-3-16-158833-4 unveränderte eBook-Ausgabe 2019  
ISSN 2193-7273 (Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Meiner Familie



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2014 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis März 2014 berücksichtigt werden.

Bedanken möchte ich mich zunächst bei meiner Doktormutter, Frau Professor Dr. Barbara Grunewald, für ihre wertvolle Unterstützung bei der Themenfindung und ihr großes Engagement bei der Betreuung dieser Dissertation, sowie bei der Zweitgutachterin, Frau Professor Dr. Barbara Dauner-Lieb, für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Weiterhin möchte ich an dieser Stelle dem Arbeitskreis Wirtschaft und Recht für die finanzielle und ideelle Förderung meiner Arbeit danken und insbesondere Herrn Dr. Ulrich Koch von der Bertelsmann AG, der mir einen spannenden Einblick in die Praxis gewährte und wertvolle Kontakte herstellte.

Schließlich möchte ich meiner Familie danken, die stets an mich geglaubt hat und ohne deren fortwährende Unterstützung diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Diese Arbeit wurde im Juni 2015 an der Universität zu Köln mit dem Osborne Clarke Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Gebiet des internationalen Rechts ausgezeichnet. Auch dafür danke ich sehr.

Brüssel, im April 2016

*Julie Francastel*



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XVII
Einleitung .....	1
Teil 1: Vereinbarung und Anwendung von Vinkulierungsklauseln.....	13
<i>Kapitel 1: Einführung, Reichweite und Anwendung von Vinkulierungs- klauseln im deutschen Recht.....</i>	<i>13</i>
A. Anwendungsbereich der Vinkulierung .....	13
I. Gegenständlicher Anwendungsbereich der Vinkulierung.....	13
1. Beschränkung der Vinkulierung auf (verbriefte oder unver- brieft) Namensaktien .....	14
2. Vinkulierung der Aktien börsennotierter Aktiengesellschaften....	16
a. Alle Namensaktien einer Kategorie müssen untereinander fungibel sein .....	18
b. Die übertragbaren Aktien müssen zwischen den Parteien eines Geschäfts gehandelt und anschließend übertragen werden können. ....	19
c. Die Vinkulierung darf voraussichtlich nicht zu einer Beeinträchtigung der Funktionsweise des Börsenmarktes beziehungsweise einer Störung des Börsenhandels führen. ....	20
II. Sachlicher Anwendungsbereich der Vinkulierung.....	23
III. Satzungsautonome Regelungsmöglichkeiten.....	26
1. Unzulässigkeit weitergehender satzungsautonomer Einschränkungen des Grundsatzes der freien Übertragbarkeit der Mitgliedschaft .....	26
2. Zulässigkeit satzungsautonomer Einschränkungen des Anwen- dungsbereichs der Vinkulierungsklausel.....	29
3. Teleologische Reduktion des Zustimmungserfordernisses.....	31

a.	Aktienübertragung durch den Alleinaktionär oder durch alle/an alle Aktionäre gemeinsam .....	31
b.	Erwerb eigener Aktien durch die Aktiengesellschaft gemäß § 71 AktG .....	35
c.	Veräußerung eigener Aktien durch die Gesellschaft.....	37
B.	Verortung der Vinkulierungsklausel und Anforderungen an ihre Einführung.....	39
I.	Verortung der Vinkulierungsklausel .....	39
II.	Anforderungen an die Einführung der Klausel.....	41
1.	Grundsatz .....	41
2.	Der Sonderfall der Kapitalerhöhung .....	44
a.	Konstellation 1: Die Altaktien sind vinkuliert .....	44
b.	Konstellation 2: Die Altaktien sind nicht vinkuliert, die jungen Aktien sollen vinkuliert sein .....	45
c.	Konstellation 3: ein Teil der Altaktien ist vinkuliert .....	50
i)	Konstellation 3.1: Es sollen nur vinkulierte Aktien ausgegeben werden .....	50
ii)	Konstellation 3.2: Es sollen sowohl vinkulierte als auch nichtvinkulierte junge Aktien ausgegeben werden .....	50
d.	Zustimmungsbedürftigkeit der Vinkulierung von Bezugsrechten.....	51
C.	Zuständigkeit für die Zustimmungserteilung.....	53
I.	Erklärungszuständigkeit des Vorstandes (Außenverhältnis).....	53
II.	Zuständigkeit für die Entscheidung im Innenverhältnis .....	55
1.	Grundsatz: Zuständigkeit des Vorstandes .....	55
2.	Möglichkeit der Verlagerung der Entscheidungszuständigkeit auf andere Gesellschaftsorgane (§ 68 Abs. 2 S. 3 AktG) .....	56
III.	Auswirkungen der Befangenheit der Vertragsparteien auf die Beschlussfassung und Erklärung im Außenverhältnis .....	59
1.	Zuständigkeit der Hauptversammlung .....	59
2.	Zuständigkeit des Vorstandes .....	60
a.	Vertretung der Gesellschaft, wenn eines der Vorstandsmitglieder gleichzeitig Partei des zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfts ist .....	61
b.	Beschlussfassung des Vorstandes über die Zustimmungserteilung .....	63
3.	Zuständigkeit des Aufsichtsrates .....	64
IV.	Gesetzliche Zuständigkeit der Hauptversammlung nach den Grundsätzen der Holzmüller- und Gelatine-Entscheidungen? .....	74
V.	Zuständigkeit in der Liquidation oder Insolvenz .....	80
D.	Die Entscheidung der Gesellschaft über die Zustimmung.....	80
I.	Rechtliche Anforderungen an die Erklärung der Zustimmung/Zustimmungsverweigerung.....	81

1. Grundsätzliches .....	81
2. Möglichkeit der Bedingung/Befristung der Zustimmung .....	82
a. Zulässigkeit einer bedingten oder befristeten Einwilligung ....	82
b. Zulässigkeit einer befristeten oder bedingten Genehmigung ..	84
i) Meinungsstand .....	84
ii) Stellungnahme.....	85
3. Unwirksamkeit einer im Voraus erteilten Blankozustimmung .....	87
4. Erklärungsfrist.....	88
II. Maßstab für die Entscheidungsfindung .....	90
1. Bei Vorgabe von Verweigerungsgründen in der Satzung.....	90
2. Entscheidungskriterien, sofern die Satzung keine besonderen Verweigerungsgründe vorsieht .....	94
a. wenn das zuständige Organ sein Ermessen gar nicht erkannt hat (Ermessensnichtgebrauch).....	96
b. wenn das zuständige Organ seine Entscheidung aus offensichtlich sachwidrigen Erwägungen getroffen hat (Ermessensfehlgebrauch) .....	96
c. wenn das zuständige Organ die Ermessensgrenzen überschreitet .....	97
3. Zustimmungsanspruch des veräußerungswilligen Aktionärs.....	101
4. Notwendigkeit der Begründung der Entscheidung.....	103
III. Rechtsfolgen der Erklärung über die Zustimmung .....	106
IV. Gerichtliche Überprüfung der Entscheidung .....	109

## *Kapitel 2: Einführung, Reichweite und Anwendung von*

### *Vinkulierungsklauseln im französischen Recht .....*

A. Zulässiger Anwendungsbereich für Vinkulierungsklauseln in französischen Aktiengesellschaften .....	112
I. Sachlicher Anwendungsbereich .....	113
1. Erfassbare Wertpapiere: Wertpapiere, die auf den Namen lauten und Zugang zur Gesellschafterstellung gewähren .....	113
a. Wertpapiere, die auf den Namen lauten.....	113
b. Wertpapiere, die Zugang zur Aktionärsstellung gewähren ...	115
2. Erfasste Gesellschaften: Aktiengesellschaften, deren Aktien nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden („Société anonyme, dont les actions ne sont pas admises aux négociations sur un marché réglementé“) .....	116
3. Erfasste Rechtsgeschäfte: Cession à quelque titre que ce soit ....	118
a. Freiwillige Übertragung von Wertpapieren, die Zugang zum Kapital eröffnen, im Wege der Einzelrechtsnachfolge, gleich aus welchem Rechtsgrund .....	119
b. Universalsukzession.....	120

II. Persönlicher Anwendungsbereich: Übertragung an einen Dritten, auch an Mitaktionäre .....	127
III. Ausnahmen: Rechtsnachfolge von Todes wegen, Beendigung des Güterstandes; Übertragung an den Ehegatten, einen Abkömmling oder einen Vorfahren (Art. L. 228–23 Abs. 3 des Code de commerce).....	130
IV. Möglichkeit weitergehender satzungsmäßiger Einschränkungen.....	132
B. Gesetzliche Anforderungen an die Vereinbarung der Vinkulierungsklausel .....	133
I. Verortung der Klausel und Mehrheitserfordernisse .....	133
1. Verortung der Vinkulierungsklausel.....	134
2. Mehrheitserfordernisse an die Einführung einer Vinkulierungsklausel.....	137
II. Notwendige Publizitätsmaßnahmen .....	141
C. Das Zustimmungsverfahren.....	142
I. Der Antrag auf Zustimmung .....	143
1. Form und Inhalt des Antrages.....	143
2. Zuständigkeit für die Antragstellung .....	144
3. Zeitpunkt des Antrages.....	145
II. Die Entscheidung über die Zustimmungserteilung .....	146
1. Zuständigkeit innerhalb der Gesellschaft.....	146
a. Regelzuständigkeit.....	146
b. Zuständigkeit in der Liquidation und Insolvenz .....	153
c. Zuständigkeit bei fehlender Bestimmung in der Satzung oder nachträglichem Wegfall des zuständigen Organs.....	155
2. Recht der Parteien des zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäftes, sich an der Entscheidung zu beteiligen .....	156
3. Entscheidungsfrist.....	161
4. Grundsätzliche Notwendigkeit einer ausdrücklichen Entscheidung des zuständigen Organs .....	162
5. Maßstab für die Entscheidungsfindung.....	162
6. Die Entscheidung braucht nicht begründet zu werden .....	173
7. Die Zustimmung darf an keinerlei Bedingungen geknüpft werden .....	173
8. Unzulässigkeit einer Teilzustimmung.....	177
9. Möglichkeiten des gerichtlichen Vorgehens im Zusammenhang mit der Anwendung von Vinkulierungsklauseln .....	178
10. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen die Vinkulierungsklausel.....	179
III. Rechtsfolgen der Zustimmungsverweigerung .....	180
1. Erwerbsfrist.....	181
2. Die Bestimmung des Erwerbspreises.....	184
3. Das Recht des Veräußerers, auf die Veräußerung zu verzichten (droit de repentir) .....	192

4. Schadenersatzansprüche des Veräußerers nach Eintritt der Zustimmungsfiktion .....	195
a. Schadenersatzanspruch bei gescheiterter Veräußerung.....	196
b. Weitere Schadenersatzansprüche .....	196
<i>Kapitel 3: Rechtsvergleichende Betrachtungen</i> .....	197
A. Anwendungsbereich der Vinkulierung .....	197
I. Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereiches von Vinkulie- rungsklauseln im französischen Recht durch die Möglichkeit der Vinkulierung aller Wertpapiere, die unmittelbar oder zeitlich verzögert Zugang zur Aktionärsstellung verschaffen?.....	199
II. Von der Vinkulierungsklausel erfasste Rechtsgeschäfte.....	200
1. Keine Geltung des Abstraktionsprinzips im französischen Recht.....	200
2. Möglichkeit der privatautonomen Beschränkung oder Erweite- rung des Anwendungsbereichs der Vinkulierungsklausel, insbesondere Anwendung auf Fälle der Gesamtrechtsnachfolge	201
3. Die zwingenden Ausnahmen von der Vinkulierung im französischen Recht, Ausdruck sozialpolitischer Motivation des französischen Gesetzgebers.....	203
III. Die Zulässigkeit der Vinkulierung börsennotierter Aktien .....	204
B. Verortung und Einführung der Vinkulierungsklausel.....	205
C. Die Entscheidung über die Zustimmungserteilung.....	206
I. Zuständigkeit für die Entscheidung über die Zustimmungserteilung .....	206
II. Zustimmungsverfahren im Einzelnen.....	209
Teil 2: Die Umgehung von Vinkulierungsklauseln .....	212
<i>Kapitel 1: Umgehung der Vinkulierung im Zusammenhang mit Pfändung,         Verpfändung und Insolvenz</i> .....	212
A. Deutsches Recht .....	212
I. Zwangsvollstreckung in vinkulierte Namensaktien .....	213
1. Vorbemerkung: Anwendbare Vorschriften .....	213
a. Unverbriefte Mitgliedschaftsrechte .....	213
b. Verbriefte Namensaktien .....	213
2. Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel auf die Zwangsvollstreckung in vinkulierte Namensaktien.....	214
a. Erste Ansicht: Keine Anwendung der Vinkulierungsklausel in der Zwangsvollstreckung .....	214

b.	Gegenansicht: Zustimmungspflicht zur Verwertung der gepfändeten Aktien .....	216
i)	Zustimmungsfreiheit der Pfändung .....	217
ii)	Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel auf die Aktienverwertung im Rahmen der Zwangsvollstreckung .....	218
3.	Eigene Stellungnahme .....	223
a.	Zustimmungsfreiheit der Pfändung .....	223
b.	Zustimmungsfreiheit der Verwertung .....	224
c.	Alternative Schutzmechanismen .....	227
II.	Verpfändung .....	232
1.	Vorbemerkung: Auf die Verpfändung vinkulierter Namensaktien anwendbare Regeln .....	233
2.	Zustimmungsbedürftigkeit der Verpfändung aufgrund der Vinkulierungsklausel .....	234
a.	Bejahende Ansicht .....	234
b.	Ablehnende Ansicht .....	236
III.	Insolvenz .....	240
1.	Insolvenz eines Aktionärs .....	240
a.	Zustimmungsfreiheit der Beschlagnahme .....	240
b.	Zustimmungsbedürftigkeit der Verwertung .....	241
2.	Insolvenz der Gesellschaft .....	245
B.	Französisches Recht .....	245
I.	Schicksal vinkulierter Namensaktien in der Zwangsvollstreckung ...	245
1.	Keine Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel auf die Pfändung vinkulierter Wertpapiere .....	245
2.	Anwendung der Vinkulierungsklausel auf die Verwertung der gepfändeten Wertpapiere .....	246
a.	Freihändiger Verkauf .....	246
b.	Zwangsversteigerung .....	247
II.	Anwendung der Vinkulierungsklausel im Zusammenhang mit der Verpfändung von Aktien (nantissement) .....	248
III.	Insolvenz .....	251
1.	Schicksal der vinkulierten Wertpapiere in der Insolvenz ihres Inhabers .....	251
2.	Insolvenz der vinkulierten Gesellschaft selbst .....	254
C.	Rechtsvergleichende Betrachtungen .....	255
I.	Schutz der Vinkulierungsinteressen im Kontext der Zwangsvollstreckung in vinkulierte Namensaktien .....	255
1.	Pfändung vinkulierter Aktien .....	255
2.	Verwertung gepfändeter Aktien in der Zwangsvollstreckung ....	256
II.	Verpfändung und anschließende Verwertung .....	258
III.	Schutz der Vinkulierungsinteressen im Kontext der Insolvenz .....	260
1.	Insolvenz eines Aktionärs .....	260

2. Insolvenz der vinkulierten Gesellschaft .....	260
<i>Kapitel 2: Umgehung mittels schuldrechtlicher Abreden über die</i>	
<i>Stimmrechtsausübung</i> .....	261
A. Deutsches Recht .....	261
I. Umgehung der Vinkulierung mittels Treuhandabreden .....	261
1. Begriffsbestimmung .....	262
2. Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel auf den Aktienwerb durch den Treuhänder im Rahmen der Erwerbs- und der Übertragungstreuhand .....	265
3. Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel auf die Treuhandabrede .....	268
a. Herrschende Ansicht: Entsprechende Anwendung der Vinkulierungsklausel auf die Treuhandabrede .....	269
i) Vorliegen eines Umgehungsgeschäftes .....	271
ii) Rechtsfolgen der Vinkulierungsumgehung .....	275
b. Zweite Ansicht: Nichtigkeit vinkulierungsumgehender Treuhandabreden gemäß § 134 bzw. 138 BGB .....	279
c. Andere Ansicht: Treuepflicht als Grundlage des Umgehungsschutzes .....	282
d. Andere Ansicht: Zustimmungsfreiheit vinkulierungsumgehender schuldrechtlicher Abreden .....	283
e. Streitentscheid .....	286
II. Umgehung der Vinkulierung mittels Stimmbindungsabreden und Stimmrechtsvollmachten .....	301
1. Stimmbindungsabreden .....	301
a. Begriffsbestimmung .....	301
b. Grundsätzliche Zulässigkeit von Stimmbindungsabreden .....	303
c. Behandlung vinkulierungsumgehender Stimmbindungsabreden .....	305
i) Kriterien für das Vorliegen einer Umgehung der Vinkulierung durch die Stimmbindungsabrede .....	306
ii) Rechtsfolgen der Umgehung der Vinkulierung durch die Stimmbindungsabrede .....	309
2. Stimmrechtsvollmachten .....	309
a. Grundsätzliche Zulässigkeit der Erteilung von Stimmrechtsvollmachten in der Aktiengesellschaft .....	310
b. Behandlung vinkulierungsumgehender Stimmrechtsvollmachten .....	310
i) Kriterien für das Vorliegen einer Umgehung der Vinkulierung durch die Stimmrechtsvollmacht .....	311

ii) Rechtsfolgen der Erteilung einer vinkulierungsumgehenden Stimmrechtsvollmacht .....	313
III. Fazit zum Schutz der Gesellschaft vor der Umgehung von Vinkulierungsklauseln mittels schuldrechtlicher Abreden.....	317
B. Französisches Recht .....	318
I. Umgehung mittels Stimmbindungsabreden.....	318
1. Verbot der Stimmrechtsabspaltung .....	319
2. Zulässigkeit von Stimmbindungsabreden im engeren Sinne .....	320
a. Erste Ansicht in der Literatur .....	327
i) Keine völlige Aushebelung des Grundsatzes der freien Stimmrechtsausübung .....	327
ii) Zumindest keine Verletzung des Gesellschaftsinteresses ...	329
iii) Keine Verletzung oder Umgehung zwingender Vorschriften des höherrangigen Rechts .....	330
iv) Bedeutung dieser Ansicht für vinkulierungsumgehende Stimmbindungsabreden.....	331
b. Zweite Ansicht in der Literatur .....	332
c. Dritte Ansicht in der Literatur .....	336
d. Entwicklung der Rechtsprechung seit 1966.....	337
3. Fazit .....	338
II. Umgehung mittels Stimmrechtsvollmachten.....	339
III. Umgehung mittels Treuhandabreden oder treuhandähnlicher Konstruktionen .....	341
1. Convention de croupier .....	342
2. Portage d'actions.....	346
3. Fiducie .....	348
C. Rechtsvergleichende Betrachtungen.....	354
 Teil 3: Abschließende rechtsvergleichende Betrachtungen.....	361
 <i>Kapitel 1: Allgemeine Betrachtungen .....</i>	361
 <i>Kapitel 2: Effektivität des Schutzes der Aktiengesellschaft durch     Vinkulierungsklauseln .....</i>	363
 Anhang: Relevante Vorschriften des französischen Rechts .....	369
Literaturverzeichnis.....	401
Sachregister .....	443

## Abkürzungsverzeichnis

ABl. EG	Amtsblatt der europäischen Gemeinschaft
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union
Afep	Association française des entreprises privées
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AJ	actualité juridique
AnwK	Anwaltskommentar
av. gén.	avocat général
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayOLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BB	Betriebs-Berater
Begr.	Begründer
Begr. RegE	Begründung des Regierungsentwurfs
Beil.	Beilage
BMIS	Bulletin mensuel d'information des sociétés Joly
BörsG	Börsengesetz
BörsZulV	Börsenzulassungsverordnung
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRDA	Bulletin rapide de droit des affaires
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
Bull. civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation: chambres civiles
Bull. mens.	Bulletin mensuel
CA	Cour d'Appel
Cass. civ. (section comm.)	Cour de cassation, chambre civile (section commerciale)
Cass. 1 <sup>ère</sup> civ.	Cour de cassation, première chambre civile
Cass. 2 <sup>ème</sup> civ.	Cour de cassation, deuxième chambre civile
Cass. 3 <sup>ème</sup> civ.	Cour de cassation, troisième chambre civile
Cass. com.	Cour de cassation, chambre commerciale
Cass.req.	Cour de cassation, chambre des requêtes
Cass. soc.	Cour de cassation, chambre sociale

CCIP	Chambre de commerce et d'industrie de région Paris Ile-de-France
chap.	chapitre
ch. com.	chambre commerciale
CNPF	Conseil national du patronat français
C.O.B.	Commission des opérations de bourse
Code mon. et fin.	Code monétaire et financier
comm.	commentaire
concl.	conclusions
Cons. const.	Conseil constitutionnel
D.	Recueil Dalloz
DB	Der Betrieb
D.C.	Recueil critique de jurisprudence et de législation Dalloz
DepotG	DepotG
D.H.	Recueil hebdomadaire de jurisprudence Dalloz
doc.	doctrine
D.P.	Recueil périodique et critique mensuel Dalloz
Dr. et patr.	Droit et patrimoine
Dr. soc.	Droit des sociétés
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStR-Beih	Deutsches Steuerrecht Beihefter
EwiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
Fasc.	fascicule
form.	formulaire
Gaz. Pal.	La Gazette du Palais
GenG	Genossenschaftsgesetz
GesR	Gesellschaftsrecht
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	Die GmbH-Rundschau
Großkomm	Großkommentar
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Habil.	Habilitationsschrift
Ham Komm	Hamburger Kommentar
InsO	Insolvenzordnung
i.V.m.	in Verbindung mit
Jan.	Januar
JCP CI	Semaine juridique, édition Commerce et industrie
JCP G	Semaine juridique, édition Générale, auch als JCP zitiert
JCP E	Semaine juridique, édition Entreprise et affaires
JCP N	Semaine juridique, édition Notariale
JOAN	Journal officiel Assemblée Nationale

JO Déb. Ass. Nat.	Journal officiel débats Assemblée Nationale
JO Déb. Sénat	Journal officiel débats Sénat
JORF	Journal officiel République française
Journ. soc.	Journal des sociétés
jur.	jurisprudence
Jur. Person	Juristische Person
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristen-Zeitung
Komm	Kommentar
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
L.	loi
LG	Landgericht
LPA	Les Petites Affiches
LuftNaSiG	Gesetz zur Sicherung des Nachweises der Eigentümerstellung und der Kontrolle von Luftfahrtunternehmen für die Aufrechterhaltung der Luftverkehrsbetriebsgenehmigung und der Luftverkehrsrechte
MAH	Münchener Anwaltshandbuch
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Medef	Mouvement des entreprises de France
MitBestG	Mitbestimmungsgesetz
MittBayNot	Mitteilungen der Bayerischen Notarkammer
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
Münch. Hdb. GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MünchKomm	Münchener Kommentar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
Ord. réf.	ordonnance en référé
PACS	Pacte civil de solidarité
pan.	panorama
RD bancaire et bourse	Revue de droit bancaire et de la bourse
Rép.	Répertoire
Rép. dr. civil	Répertoire droit civil
Rép. min.	réponse ministérielle
Rev. cont.	Revue des contrats
Rev. gén. dr. com.	Revue générale de droit commercial
Rev. soc.	Revue des sociétés
RGBI	Reichsgesetzblatt
RIDC	Revue internationale de droit comparé
RJ com.	Revue de jurisprudence commerciale

RJDA	Revue de jurisprudence de droit des affaires
RLDA	Revue Lamy de droit des affaires
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RTD com.	Revue trimestrielle de droit commercial
SA	société anonyme
SARL	société à responsabilité limitée
SEAG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)
sect.	section
SICAV	société d'investissement à capital variable
StBerG	Steuerberatungsgesetz
Urt. v.	Urteil vom
somm.	sommaire
T. com.	Tribunal de commerce
TGI	Tribunal de grande instance
rec.	recueil
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung von Versicherungsgesellschaften
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WM	Wertpapier Mitteilungen
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und übernahmegesetz
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für Vertragsgestaltung, Schuld- und Haftungsrecht (früher: Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (früher: und Insolvenzrechtspraxis)
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis

## Einleitung

Betrieb von Bergwerken, Ausbau des Schienennetzes, Kanalbau oder Risikoversicherungen<sup>1</sup> – derartige unternehmerische Projekte sind aufgrund ihres Umfangs, ihrer Dauer oder ihrer Kosten von Einzelpersonen kaum zu verwirklichen.

Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ist historischer Grundgedanke der Aktiengesellschaft, eine rechtliche Struktur zu schaffen, die es ermöglicht, zur Realisierung solcher Vorhaben das Kapital einer Vielzahl von Geldgebern in der Weise zu sammeln, dass es dem Unternehmen langfristig zur Verfügung steht (Funktion der Aktiengesellschaft als Kapitalsammelbecken).<sup>2</sup> Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft nach dem gesetzlichen Leitbild weitgehend von den Kapitalgebern verselbständigt.<sup>3</sup> So ist – anders als in den Personengesellschaften, in denen gerade die persönliche Zusammenarbeit der Gesellschafter im Vordergrund steht<sup>4</sup> – die Leitung der Gesellschaft von der Mitgliedschaft abgekoppelt (Fremdorganschaft).<sup>5</sup> Außerdem sind die Vermögen von Gesellschaft und Gesellschaftern klar voneinander getrennt: Den Gesellschaftsgläubigern haftet ausschließlich das Gesellschaftsvermögen (§ 1 Abs. 1 S. 2 AktG; Art. L. 225–1 des Code de commerce)<sup>6</sup> und den Aktionären können

---

<sup>1</sup> *Ducouloux-Favard*, RIDC 1992, 849 (852); *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 45 u.52.

<sup>2</sup> *MünchKomm/Habersack*, AktG, Einl. Rn. 5; *MünchKomm/Heider*, AktG, § 1 Rn. 105; *Ducouloux-Favard*, RIDC 1992, 849 (852); *Hoffmann-Becking*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 2 Rn. 3 m.w.N.; *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 45 u.52; *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 22 f. m.w.N.; *Wiedemann*, Übertragung und Vererbung, S. 46; zur Funktion der Aktiengesellschaft als Kapitalsammelbecken im französischen Recht: *Goffaux-Callebaut*, Du contrat en droit des sociétés, Rn. 270.

<sup>3</sup> *Hoffmann-Becking*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 2 Rn. 3 m.w.N.; *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 45 u. 52.

<sup>4</sup> Vgl. nur *Binz/Mayer*, NZG 2012, 201 (202); *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 20; *Skaurazun*, NZG 2012, 1244 (1244).

<sup>5</sup> *Hoffmann-Becking*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 2 Rn. 3 m.w.N.; *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 45 u. 52.

<sup>6</sup> Zur aktuellen Rechtslage vgl. nur *Hoffmann-Becking*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 2 Rn. 3 m.w.N.; *Itsiembou*, Utilité du capital social, S. 13 f.; zur Bedeutung der auf das Gesellschaftskapital begrenzten Haftung der Aktionäre als althergebrachtes Wesensmerkmal

grundsätzlich keine über ihre Einlage hinausgehenden Leistungspflichten, insbesondere keine Nachschusspflichten, auferlegt werden (§ 54 AktG).<sup>7</sup> Da die Erreichung des Unternehmenszwecks von der langfristigen Verfügbarkeit des Gesellschaftskapitals abhängt,<sup>8</sup> ist dessen dauerhafter Bestand einerseits durch die Kapitalerhaltungsgrundsätze gesichert,<sup>9</sup> andererseits durch die Übertragbarkeit der Mitgliedschaft, die die Desinvestition ohne Kapitalabfluss ermöglicht.<sup>10</sup> Dadurch kann das zwingende Erfordernis der Lösbarkeit der Mitgliedschaft<sup>11</sup> eingehalten werden, ohne dass das Kapital der Gesellschaft durch den

---

der Aktiengesellschaft: *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 45 u. 52; *Itsiembou*, Utilité du capital social, S. 9; *Lefebvre-Teillard*, La société anonyme au XIXe siècle, S. 21; *Praquin*, in: *L'entreprise, le chiffre et le droit*, S. 273 (275).

<sup>7</sup> Spindler/Stilz/*Cahn/v. Spannenberg*, AktG, § 54 Rn. 23; etwas anderes gilt ausnahmsweise aufgrund entsprechender Satzungsbestimmung in der Nebenleistungsgesellschaft im Sinne des § 55 AktG.

<sup>8</sup> *Itsiembou*, Utilité du capital social, S. 14.

<sup>9</sup> Im deutschen Recht insbesondere: Verbot des Erlasses oder der Aufrechnung mit der Einlagepflicht gemäß § 66 AktG; Verbot der Rückgewähr von Einlagen beziehungsweise von Gewinnausschüttungen, solange die Gesellschaft nicht über den Nennbetrag des Kapitals hinausgehendes Vermögen vorweisen kann gemäß §§ 57 Abs. 1 i. V. m. § 62 AktG; Verbot der Zeichnung (§ 56 AktG) und des entgeltlichen Erwerbs eigener Aktien (§§ 71 ff. AktG) durch die Gesellschaft), vgl. hierzu Sudhoff/*Fröning*, Unternehmensnachfolge, § 46 Rn. 23 f.; im französischen Recht wurden obligatorisches Mindestkapital und Kapitalerhaltungsgrundsätze (sogenanntes *principe de fixité du capital*) gerade im Hinblick auf die beschränkte Haftung der Aktionäre erstmals durch Ministerialanweisung vom 11. Juli 1818 vorgegeben, durch das Gesetz vom 17. Juli 1867 gesetzlich gebilligt, vgl. *Itsiembou*, Utilité du capital social, S. 9 f.; *Praquin*, in: *L'entreprise, le chiffre et le droit*, S. 273 (275), der die Gesetzesbegründung zum Gesetz von 1867 zitiert; der Grundsatz der Kapitalerhaltung findet sich heute in Art. L. 232–12 Abs. 3 des Code de commerce wieder, der Ausschüttungen verbietet, wenn die vorhandenen Aktiva der Gesellschaft dadurch unter den Betrag des Gesellschaftskapitals fallen würden.

<sup>10</sup> *Hoffmann-Becking*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 2 Rn. 3 m.w.N.; *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 45 u. 52; *Wiedemann*, Übertragung und Vererbung, S. 44 f.

<sup>11</sup> Im deutschen Recht muss die Beteiligung an einer Körperschaft als besondere Form des Dauerschuldverhältnisses stets zumindest aus wichtigem Grund beendbar sein, Münch-Komm/*Reichert/Weller*, GmbHG, § 15 Rn. 4; *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 20; *Schindler*, Austrittsrecht, S. 1 f. u. 17 m.w.N., der allerdings bemängelt, dass die Veräußerung häufig aus tatsächlichen Gründen ausscheidet, mit der Folge der faktischen Beseitigung des Lösungsrechts; *Wiedemann*, Übertragung und Vererbung, S. 46; im französischen Recht ergibt sich aus dem Verbot ewiger Verpflichtungen (*prohibition des engagements perpétuels*), dass Gesellschaften, die auf unbestimmte Zeit gegründet wurden (darunter werden auch solche gefasst, aus denen die Gesellschafter nur mit ihrem Tod ausscheiden können, weil sie für eine Dauer geschlossen werden, die über die menschliche Lebensspanne weit hinausgeht), vgl. *Germain*, in: *JurisClasseur Sociétés Traité*, Fasc. 20–40 Rn. 4 ff. m.w.N. Das Kündigungsrecht unbefristeter privatrechtlicher Verträge ist sogar grundrechtlich geschützt (Cons. Const., Urt. Nr. 99–419 v. 19.11.1999, Recueil S. 119, zitiert in: *Germain*, in: Ju-

Aktionärswechsel angetastet wird.<sup>12</sup> Die Übertragbarkeit der Mitgliedschaft verwandelt nach der Formulierung Wiedemanns kurzfristig angelegtes Kapital der Gesellschafter in langfristig angelegtes Kapital der Gesellschaft.<sup>13</sup> Der infolge Austritts, Kündigung oder Ausschlusses entstehende Abfindungsanspruch des ausscheidenden Gesellschafters würde der Gesellschaft einen Teil ihres Kapitals entziehen, mit der Konsequenz, dass sie zur Finanzierung und Durchführung langfristiger Vorhaben, für die sie eigentlich gedacht ist, nicht geeignet wäre.<sup>14</sup> Aus diesem Grund steht den Aktionären (und im Falle von Zwangsvollstreckung und Insolvenz auch den Gesellschaftergläubigern) anders als den Personengeschaftern grundsätzlich kein Austritts- oder Kündigungsrecht zu.<sup>15</sup> Ein Ausschluss ist nur ausnahmsweise möglich.<sup>16</sup> Die Ver-

---

risClasseur Sociétés Traité, Fasc. 20–40 Rn. 9). In den Kapitalgesellschaften wird der Grundsatz so formuliert, dass die Gesellschafter von Kapitalgesellschaften grundsätzlich nicht „in der Gesellschaft gefangen bleiben dürfen“ (vgl. nur *Bougnoux*, JurisClasseur Sociétés Traité, Fasc. 40 Rn. 2), wobei dieser Grundsatz in allen Gesellschaften im Laufe der Jahre stark relativiert wurde; in der Aktiengesellschaft durch die Anerkennung der Zulässigkeit der Aufnahme – zeitlich begrenzter – satzungsmäßiger Veräußerungsverbote (*Germain*, in: JurisClasseur Sociétés Traité, Fasc. 20–40 Rn. 9).

<sup>12</sup> *Wiedemann*, Übertragung und Vererbung, S. 46.

<sup>13</sup> *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 20; *Wiedemann*, Übertragung und Vererbung, S. 46.

<sup>14</sup> *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 20; *Kießling*, Vorgründungsgesellschaft und Vorgesellschaft, S. 190; *Michalski*, Perpetuierung, S. 3 u. 18; *Schindler*, Austrittsrecht, S. 2.

<sup>15</sup> Vgl. die Begründung zur Reichstagsvorlage des GmbH-Gesetzes, Stenographische Berichte Reichstag, 8. Legislaturperiode, I. Session 1890/92, 5. Anlageband S. 3728 („Ein Kündigungsrecht kann bei einer Gesellschaft, in welcher die sämtlichen Gesellschafter ausschließlich mit ihren Einlagen haften und das Gesellschaftsvermögen das alleinige Haftungsobjekt für die Gläubiger der Gesellschaft bildet, keinesfalls in Frage kommen.“) sowie die Motive zur allerhöchsten Kabinettsordre vom 31.1.1842, den Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften betreffend, S. 16 („Eine solche Willkür des Einzelnen [i.e. ein Austritts- oder Kündigungsrecht des Aktionärs] sey aber mit der Natur solcher Gesellschaften, welche einen auf unbestimmte Zeit hinausreichenden Zweck verfolgen und die in der Regel des vollen eingeschlossenen Kapitals zum Fortgange des Unternehmens bedurften, nicht wohl vereinbar: der Fonds, welcher darin angelegt werden könne, müsse dabei von vorne herein mit Bestimmtheit übersehen werden können, und das ganze Unternehmen würde nach der Willkür einzelner Teilnehmer über den Haufen gestoßen werden können, wenn ihnen freistünde, den Kapitalfonds durch ihren Rücktritt zu schmälern“), zitiert in: *Kießling*, Vorgründungsgesellschaft und Vorgesellschaft, S. 190; *Lutter/Drygala*, in: Kölner Komm AktG, § 68 Rn. 57; *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 14; MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 34; MünchKomm/Reichert/Weller, GmbHG, § 15 Rn. 4 ff; *Spindler/Stilz/Cahn*, AktG, § 68 Rn. 28; *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 20; *Schinzer*, Teileingezahlte Namensaktie, S. 29.

<sup>16</sup> Ein Ausschluss ist nur möglich als sogenannte Kaduzierung gemäß § 64 Abs. 3 AktG sowie durch Einziehung unter den Voraussetzungen des § 237 AktG; darüber hinausgehende

kehrsfähigkeit der Kapitalbeteiligung – und mit ihr die Attraktivität der Kapitalgesellschaft – wird durch den Grundsatz der freien Übertragbarkeit der Mitgliedschaft (im französischen Recht *principe de libre négociabilité*) erhöht. Danach ist der Aktionär frei zu entscheiden, ob, wann und an wen er seine Aktien veräußern will. Dinglich wirkende Beschränkungen oder Erschwerungen des Übergangs der Rechte und Pflichten aus dem Aktieneigentum, wie beispielsweise Zustimmungsvorbehalte oder Vorkaufsrechte sind unzulässig.<sup>17</sup> Im deutschen Recht ist dieser Grundsatz für die Anteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung in § 15 Abs. 1 GmbHG ausdrücklich normiert.<sup>18</sup> Das Aktiengesetz enthält zwar keine vergleichbare Vorschrift, die freie Übertragbarkeit der in der Aktie<sup>19</sup> verkörperten Mitgliedschaft ist jedoch als althergebrachtes und – wie der Umkehrschluss aus § 68 Abs. 2 AktG zeigt<sup>20</sup> – bei Verabschiedung des Aktiengesetzes durch den historischen Gesetzgeber zugrunde gelegtes Wesensmerkmal der Aktiengesellschaft anerkannt.<sup>21</sup> Als solches nimmt die freie Übertragbarkeit der Mitgliedschaft sogar an dem grundrechtlichen Schutz des Aktieneigentums (Art. 14 GG) teil.<sup>22</sup> Auch im französischen Recht ist die freie Übertragbarkeit der Mitgliedschaft als tradiertes, ungeschriebenes Wesensmerkmal der Aktie anerkannt.<sup>23</sup> Die (freie) Übertragbarkeit der Mitgliedschaft fördert das Ziel der Kapitalsammlung, da die Geldgeber zur Kapitalanlage viel eher bereit sein werden, wenn sie wissen, dass sie die Möglichkeit haben, jederzeit aus der Gesellschaft auszuschcheiden und so den Wert ihrer Beteiligung zu realisieren.<sup>24</sup> Da die Person des Aktionärs (und insbesondere seine

---

Ausschlussgründe kann die Satzung nicht wirksam vorsehen, vgl. RGZ 49, 77 (79); 120, 177 (180); BayObLG, NJW-RR 1989, 687 (688).

<sup>17</sup> BGH, NJW 1987, 1019 (1020); BGH, NZG 2009, 1109 (1110); BayObLG, ZIP 1989, 638 (640); *Merkt*, in: Großkomm AktG, § 68 Rn. 192; Henssler/Strohn/Lange, Gesellschaftsrecht, AktG, § 68 Rn. 6; Hölters/Solveen, AktG, § 68 Rn. 9; Hüffer, AktG, § 68 Rn. 10; *Lutter/Drygala*, in: Kölner Komm AktG, § 68 Rn. 57; *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. AG § 14 Rn. 14 m.w.N.; MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 34 m.w.N.; Spindler/Stilz/Cahn, AktG, § 68 Rn. 28; *Reuter*, Perpetuierung, S. 434 ff.

<sup>18</sup> Vgl. nur *Blasche*, RNotZ 2013, 515 (515).

<sup>19</sup> beziehungsweise dem Zwischenschein.

<sup>20</sup> BayObLG, ZIP 1989, 638 (640).

<sup>21</sup> BayObLG, ZIP 1989, 638 (640); *Merkt*, in: Großkomm AktG, § 68 Rn. 189; *Brodmann*, Aktienrecht, § 222 HGB Anm.1 a.

<sup>22</sup> BVerfG, NJW 1962, 1667; BVerfG, NJW 1969, 1203; BVerfG, NJW 1979, 699 (702 f.); BVerfG, NJW 1999, 3769 (3769); BVerfG, NZG 2011, 1379 (1380); BVerfG, NZG 2013, 220 (221).

<sup>23</sup> Cass. com., Urt. v. 22.10.1969, JCP 1970.II.16197, Anm. *Paillusseau*; *Cozian/Vian-dier/Deboissy*, Droit des sociétés, Rn. 749; *Roblot*, Mélanges Bastian, S. 283 (283).

<sup>24</sup> *Geßler/Hefermehl/Eckardt*, AktG, Vorb. Rn. 3; *Geßler/Hefermehl/Bungeroth*, AktG, § 68 Rn. 67; *Lutter/Drygala*, in: Kölner Komm AktG, § 68 Rn. 57; *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 14; MünchKomm/*Heider*, AktG, § 1 Rn. 106; MünchKomm/*Bayer*, AktG, § 68 Rn. 34; v. *Godin/Wilhelmi*, AktG, § 68 Anm. 9 (rechtlich gesehen

Kompetenz und seine Solvenz) in der gesetzestypischen Form der Kapitalgesellschaft als fremdverwaltetes Kapitalsammelbecken anders als in den Personengesellschaften für die Erreichung des Unternehmenszwecks nicht im Vordergrund steht, besteht nach dem gesetzlichen Leitbild auch kein besonderer Grund, Veränderungen der Zusammensetzung des Aktionärskreises von der Gesellschaft oder den Mitgesellchaftern absegnen zu lassen.<sup>25</sup> Durch die Möglichkeit der erleichterten Übertragung der Mitgliedschaft gegenüber der Forderungsabtretung wird die Liquidität der Kapitalbeteiligung weiter erhöht: Im deutschen Recht besteht die Möglichkeit der Verbriefung der Mitgliedschaft in vertretbaren Wertpapieren, die unter erleichterten Voraussetzungen übertragbar sind.<sup>26</sup> Im französischen Recht ist die erleichterte Übertragbarkeit sogar als Teil des Grundsatzes der freien Aktienübertragbarkeit geschützt. Seit der Entmaterialisierung der Aktien ist die Inhaberschaft dort nur noch in einem elektronischen Aktienregister vermerkt und wird formlos durch bloße Überweisung von dem Aktienkonto des Veräußerers auf das des Erwerbers übertragen.<sup>27</sup> Die Liquidität der Beteiligung an der Aktiengesellschaft erreicht ihren Höhepunkt im Falle der Zulassung der Aktien zum Handel an der Börse beziehungsweise in einem multilateralen Handelssystem.<sup>28</sup>

So weit die Theorie... In der Praxis gibt es jedoch eine Vielzahl von Gründen, aus denen Aktiengesellschaften dennoch ein schützenswertes Interesse daran haben, eine gewisse Handhabe über Veränderungen der Zusammensetzung ihres Aktionärskreises zu behalten.

Einerseits kann es der Gesellschaft darum gehen, sich vor dem Eindringen unerwünschter Dritter zu schützen.<sup>29</sup> Dieser Aspekt ist insbesondere in Gesell-

---

der Ersatz für die fehlende Möglichkeit, die Gesellschaft zu kündigen und auszutreten); *Berger*, ZHR 157 (1993), 31 (32); *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 51 f.; *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 46; *Kießling*, Vorgründungsgesellschaft und Vorgesellschaft, S. 196; in der Literatur wird aber teilweise ein außerordentliches Austrittsrecht aus wichtigem Grund befürwortet, vgl. *Grunewald*, Festschrift Claussen, S. 103 ff.

<sup>25</sup> *Cozian/Viandier/Deboissy*, Droit des sociétés, Rn. 24; *Fleckner*, Antike Kapitalvereinigungen, S. 51 f.

<sup>26</sup> Vgl. nur *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 4 ff. m.w.N.

<sup>27</sup> Vgl. nur *Ferry-Maccario/Kleinheisterkamp/Lenglart/Medjad/Stolowy*, S. 103.

<sup>28</sup> Vgl. nur *Sudmeyer*, in: Schüppen/Schaub, MAH Aktienrecht, § 47 Rn. 2.

<sup>29</sup> Vgl. nur *Geßler/Hefermehl/Bungeroth*, AktG, § 68 Rn. 73; *Lutter/Drygala*, in: Kölner Komm AktG, § 68 Rn. 58; *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 15; *Liebscher*; ZIP 2003, 825 (826); *Lutter/Grunewald*, AG 1989, 109 (109); zum französischen Recht: *Commentaire sous l'art. L. 228-23 du Code de Commerce, Code Dalloz commenté*, 2012; *Boitard*, JCP G 1967.II.14991; *Paillusseau*, JCP 1970.II.16197; *Roblot*, Mélanges Bastian, S. 283 (283); *Schiller*, JCP E 2008, S. 1950.

schaften mit homogenem Aktionärskreis von Bedeutung, zum Beispiel in Familiengesellschaften<sup>30</sup> oder Tendenzbetrieben<sup>31</sup> sowie in Mitunternehmergesellschaften, die – in Abweichung vom gesetzlichen Leitbild – auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Aktionäre miteinander angelegt sind.<sup>32</sup> Die historische Bestrebung, Gesellschaften die Möglichkeit zu geben, einem ungewollten Zustrom ausländischen Kapitals entgegenzuwirken,<sup>33</sup> hat in der heutigen, international verflochtenen Wirtschaft an Bedeutung verloren. Die Angst vor der Einflussnahme ausländischer Investoren, insbesondere fremder Staatsfonds, ist in strategisch relevanten Bereichen (Energie-, Transport-, Telekommunikation-, Finanz-, Rüstungssektor u.Ä.) jedoch durchaus noch vorhanden.<sup>34</sup> Ein weiteres Beispiel ist die AG & Co. KG, in der es sinnvoll ist,

---

<sup>30</sup> Zum französischen Recht: Commentaire sous l'art. L. 228–23 du Code de Commerce, Code Dalloz commenté, 2012; *Roblot*, Mélanges Bastian, S. 283 (283); zum deutschen Recht: BGH, NJW 1987, 1019 (1020); *Geßler/Hefermehl/Bungeroth*, AktG, § 68 Rn. 73; Hüffer, AktG, § 68 Rn. 10; *Merkt*, in: Großkomm AktG, § 68 Rn. 206; *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 15; *Böttcher/Beinert/Hennerkes*, DB 1971, 1998 ff.; *Häckl*, S. 35; *Hennerkes/May*, DB 1988, 537 ff.; *Lutter/Grunewald*, AG 1989, 109 (109); *Uhlenbruck*, DB 1967, 1927 ff.; *Wiedemann*, Übertragung und Vererbung, S. 82 f. bezeichnet diesen Fall als den bekanntesten aber nicht den einzigen Fall, in dem die Gesellschaft ein Interesse daran hat, die Zusammensetzung des Aktionärskreises zu kontrollieren; aber: *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 51 u. *Reuter*, Perpetuierung von Unternehmen, S. 435 (die Beschränkung des Gesellschafterkreises auf einen konkret bezeichneten Aktionäre lässt sich durch das vorrangig zu beachtende Wohl der Gesellschaft nicht rechtfertigen); a.A. *Michalski*, Perpetuierung, S. 35 f.

<sup>31</sup> Zum französischen Recht: Cass. req., Urt. v. 9.2.1937, D.P. 1937.1.73 (Kontrolle der politischen Ansichten der Aktionäre einer Gesellschaft, die eine Zeitung herausgibt); *Roblot*, Mélanges Bastian, S. 283 (283); zum deutschen Recht: Hüffer, AktG, § 68 Rn. 10; *Häckl*, S. 35 ff.; *Wiedemann*, Übertragung und Vererbung, S. 83.

<sup>32</sup> *Lutter/Grunewald*, AG 1989, 109 (109).

<sup>33</sup> OLG Celle, NZG 2005, 279 (280); *Geßler/Hefermehl/Bungeroth*, AktG, § 68 Rn. 73; *Merkt*, in: Großkomm AktG, § 68 Rn. 205; Hüffer, AktG, § 68 Rn. 10; *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 15; *Häckl*, S. 35; *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 51; *Lutter/Schneider*, ZGR 1975, 182 ff. Diese Bestrebung brachte der französische Justizminister während des Gesetzgebungsverfahrens zum Gesetz vom 24. Juli 1966 ausdrücklich zum Ausdruck, als er darauf hinwies, dass die gesetzliche Zulassung von Vinkulierungsklauseln dem Bestreben entspringe, französischen Gesellschaften effektive Instrumente an die Hand zu geben, um sich gegen „Kolonisierungsbestrebungen“, die oftmals ausländischen Ursprungs seien, zu schützen (*Foyer*, Garde des Sceaux, JO débats Ass. Nat. V. 12. Juni 1965, S. 2019, zitiert in *Bardoul*, D. 1973, S. 137 (139) sowie in *Roblot*, Mélanges Bastian, S. 283 (286)).

<sup>34</sup> [www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/jg07\\_vii.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/jg07_vii.pdf), Rn. 588; aus dieser Angst heraus behalten sich Staaten bei der Privatisierung versorgungsrelevanter Unternehmen auch gerne außerordentliche Zustimmung- und Veto-

der Gesellschaft Einfluss auf etwaige Veränderungen des Aktionärskreises zu verleihen, um einen Gleichlauf der Gesellschafter der Aktiengesellschaft und der Kommanditisten der KG zu erreichen.<sup>35</sup> Häufig haben Unternehmen aber auch ganz allgemein ein Interesse daran, zu vermeiden, dass Wettbewerber durch den Erwerb der Gesellschafterstellung Einblick in die und Einfluss auf die Gesellschaftspolitik gewinnen (unter anderem auch zum Schutz von Patenten und Betriebsgeheimnissen).<sup>36</sup> Oder es geht ihnen darum, die Kontinuität der Geschäftspolitik zu sichern.<sup>37</sup> Umgekehrt kann aber auch das Bestreben vorliegen, einzelne Aktionäre in der Gesellschaft zu halten. Dieses Interesse findet sich vielfach bei Joint Venture Vorhaben, bei denen die Partner häufig zu Beginn erhebliche Investitionen tätigen und daher sicherstellen wollen, dass das von ihnen eingebrachte KnowHow der Gesellschaft zumindest für eine bestimmte Dauer erhalten bleibt.<sup>38</sup>

Neben dem Schutz vor dem Eindringen unerwünschter Dritter, geht es Aktiengesellschaften aber sehr häufig auch darum, die Kontrolle über Beteiligungsveränderungen innerhalb der Gesellschaft zu erlangen und auf diese Weise sicherzustellen, dass Machtgleichgewichte innerhalb der Gesellschaft oder die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Gesellschaft erhalten bleibt (sog. genannter Konzerneingangsschutz).<sup>39</sup>

---

rechte vor (in aller Regel u.a. auch Zustimmungsrechte zu Veränderungen des Aktionärskreises – sog. *Golden Shares* –, vgl. [http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/jg07\\_vii.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/jg07_vii.pdf), Rn. 616).

<sup>35</sup> MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 37; Beckmann, DStR 1995, 296 (299); K. Schmidt, GmbHR 2011, 1289 (1290) m.w.N.

<sup>36</sup> Merkt, in: Großkomm AktG, § 68 Rn. 205; Hüffer, AktG, § 68 Rn. 10; Wiesner/Kraft, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 15; Asmus, Vinkulierte Mitgliedschaft, S. 66; Häckl, S. 37; Kaut, Übertragungsbeschränkungen, S. 51 f., der darauf hinweist, dass Vinkulierungsklauseln besondere Bedeutung erlangt haben, seit Höchststimmrechte in börsennotierten Gesellschaften infolge der Änderung von § 134 Abs. 1 S. 2 AktG durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich unzulässig sind; Schrötter, DB 1977, 2265 ff.; Wiedemann, Übertragung und Vererbung, S. 83.

<sup>37</sup> Asmus, Vinkulierte Mitgliedschaft, S. 66; Häckl, S. 36.

<sup>38</sup> Jasper, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 3, § 24 Rn. 181; Asmus, Vinkulierte Mitgliedschaft, S. 66 ff.; Häckl, S. 38; Kaut, Übertragungsbeschränkungen, S. 52, der dies mit Blick auf den Rechtsgedanken von § 39 Abs. 1 BGB, § 65 Abs. 1 GenG für zweifelhaft hält.

<sup>39</sup> LG Aachen, WM 1992, 1485 (1495); Bürgers/Körper/Wieneke, AktG, § 68 Rn. 11; Merkt, in: Großkomm AktG, § 68 Rn. 204 ff.; Hölters/Solveen, AktG, § 68 Rn. 10; Hüffer, AktG, § 68 Rn. 10; Lutter/Drygala, in: Kölner Komm AktG, § 68 Rn. 58; Wiesner/Kraft, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 15; MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 37; T. Bezenberger, in: K. Schmidt/Lutter, AktG, § 68 Rn. 15; Asmus, Vinkulierte Mitgliedschaft, S. 66 f.; Kaut, Übertragungsbeschränkungen, S. 51; Liebscher, Konzernbildungskontrolle, S. 354 m.w.N. (unter Hinweis darauf, dass die Vinkulierung bei börsennotierten Aktien problematisch ist, da die Gesellschaft dadurch für potentielle Investoren weniger attraktiv ist); ders.,

Um diesem praktischen Bedürfnis gerecht zu werden, sieht das Gesetz sowohl in Deutschland (§ 68 Abs. 2, 4 AktG) als auch in Frankreich (Art. L. 228–23 Abs. 1 und 2 des Code de commerce) die Möglichkeit vor, die Wirksamkeit der Aktienübertragung durch entsprechende Satzungsklauseln, die sogenannten Vinkulierungsklauseln (aus dem lateinischen *vincula*, Fessel)<sup>40</sup> beziehungsweise *clauses d'agrément* (deutsch: Zustimmungsklauseln), von der Zustimmung der Gesellschaft abhängig zu machen.<sup>41</sup> Nimmt die Gesellschaft die Möglichkeit wahr, einzelne gesetzlich zugelassene Sonderregelungen in die Satzung aufzunehmen, aufgrund derer die Identität der berechtigten oder verpflichteten Aktionäre ausnahmsweise von Bedeutung ist, schränkt das Gesetz sogar selbst vielfach den Grundsatz der freien Aktienübertragbarkeit ein. So schreibt § 55 AktG in Nebenleistungsgesellschaften die Aufnahme einer Vinkulierungsklausel vor, um der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, die Leistungsfähigkeit beziehungsweise die fachliche Kompetenz potentieller Erwerber im Vorfeld zu überprüfen.<sup>42</sup> Dasselbe gilt – mit bedeutendem Anwendungsfeld in der Versicherungswirtschaft – bei teileinge-

---

ZIP 2003, 825 (826); *Lutter*, AG 1992, 369 (374 f.); *ders.*; ZIP 2003, 825 (826); *Lutter/Grunewald*, AG 1989, 109 (109); *Reichert*, GmbHHR 1995, 176 (177) m.w.N.; *Schuster*, Abwehr feindlicher Maßnahmen, S. 134 f.; Seydel, Konzernbildungskontrolle bei der Aktiengesellschaft, S. 100 ff.

<sup>40</sup> Vgl. nur MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 34; *Altmeppen*, in: Roth/Altmeppen, GmbHG, § 15 Rn. 94; *Schinzler*, Teileingezahlte Namensaktie, S. 30.

<sup>41</sup> Der Begriff der Vinkulierung wird in der Literatur unterschiedlich verwendet: Teilweise werden damit ausschließlich dingliche Zustimmungsvorbehalte zugunsten der Gesellschaft bezeichnet, vgl. insb. *Altmeppen*, in: Roth/Altmeppen, GmbHG, § 15 Rn. 94; *Kaut*, S. 41; überwiegend und meines Erachtens aufgrund der Wortherkunft (*vincula*, Fessel, vgl. Fn. 40) auch überzeugend werden darunter sämtliche dinglich wirkenden Veräußerungsbeschränkungen gefasst (Zustimmungsvorbehalte, Erwerbsvorrechte, Vorgabe bestimmter Erwerbereigenschaften oder besonderer Formerfordernisse), vgl. insb. *Baumbach/Hueck/Fastrich*, GmbHG, § 15 Rn. 37 f.; *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 14; *Spindler/Stilz/Cahn*, AktG, § 68 Rn. 27; *Reichert*, GmbHHR 1995, 176 (176). Da jedoch, wie wir im Folgenden (Teil 1 Kap. 1 A.II.) sehen werden, in der Satzung der Aktiengesellschaft ausschließlich Zustimmungsvorbehalte mit dinglicher Wirkung vereinbart werden können, wird der Begriff der Vinkulierungsklausel in der aktienrechtlichen Literatur mit einem dinglich wirkenden Zustimmungsvorbehalt zugunsten der Gesellschaft gleichgesetzt.

<sup>42</sup> *Geßler/Hefermehl/Bungeroth*, AktG, § 68 Rn. 73; *Hölters/Solveen*, AktG, § 68 Rn. 10; *Hüffer*, § 68 Rn. 10; *Lutter/Drygala*, in: Kölner Komm AktG, § 68 Rn. 58; *Wiesner/Kraft*, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 14; MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 36; *Spindler/Stilz/Cahn*, AktG, § 68 Rn. 29; *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen, S. 52; *Liebscher*, ZIP 2003, 825 (826); *Lutter/Grunewald*, AG 1989, 109 (109); *Wiedemann*, Übertragung und Vererbung, S. 83.

zahlten Namensaktien zur Sicherung der Erfüllung offener Einlageverpflichtungen.<sup>43</sup> Für den Fall, dass die Aktien mit einem Entsendungsrecht gemäß § 101 Abs. 2 S. 2 AktG verbunden sind, soll die Gesellschaft Einfluss darauf haben, wer das Recht erhält, über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates mitzuentcheiden, um das Eindringen unerwünschter Personen in dieses Organ zu verhindern.<sup>44</sup> Aufgrund der besonderen Bedeutung der Vermeidung des Eindringens unerwünschter Personen, ist die Aufnahme einer Vinkulierungsklausel auch in Freiberufleraktiengesellschaften (Wirtschafts- und Buchprüfungs-,<sup>45</sup> Steuerberatungs-,<sup>46</sup> oder Rechtsanwaltsgesellschaften<sup>47</sup>) gesetzlich vorgeschrieben.<sup>48</sup> Im französischen Recht sind die Aktien von Freiberufleraktiengesellschaften (*sociétés d'exercice libéral à forme anonyme*)<sup>49</sup> sowie von Architektengesellschaften<sup>50</sup> kraft Gesetzes vinkuliert. Wegen der besonderen Zwecksetzung der Gesellschaft sind Vinkulierungsklauseln in Frankreich in Pressegesellschaften vorgeschrieben.<sup>51</sup> Dasselbe gilt für Kapitalanlagegesellschaften im deutschen Recht (§ 1 Abs. 5 KAGG).<sup>52</sup> Die Aktien von Fluggesellschaften sind sogar in beiden Rechtsordnungen von Gesetzes wegen vinkuliert,<sup>53</sup> um den Anforderungen einer Vielzahl überstaatlicher Abkommen zu genügen, die eine bestimmte Aktionärsstruktur zur Bedingung für die Erteilung von Überflugs- und Landungsrechten machen.<sup>54</sup>

Hier wie dort sind die gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch Rechtsprechung und Literatur Ausdruck des Bestrebens, einen gerechten Aus-

---

<sup>43</sup> RGZ 132, 149 ff. (sog. Viktoria-Entscheidung); LG Aachen, WM 1992, 1485 ff.; Geßler/Hefermehl/Bungeroth, AktG, § 68 Rn. 72; Hüffer, AktG, § 68 Rn. 10; Wiesner/Kraft, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 15; MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 36; Häckl, S. 36; Kaut, Übertragungsbeschränkungen, S. 52; Lutter/Grunewald, AG 1989, 109 (109).

<sup>44</sup> Geßler/Hefermehl/Bungeroth, AktG, § 68 Rn. 73; Hüffer, AktG, § 68 Rn. 10; Wiesner/Kraft, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 14; MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 36; Häckl, S. 36; Kaut, Übertragungsbeschränkungen, S. 52.

<sup>45</sup> §§ 28 Abs. 5 S. 2, 130 Abs. 2 WPO.

<sup>46</sup> § 50 Abs. 5 S. 2 StBerG.

<sup>47</sup> §§ 59 c ff. BRAO.

<sup>48</sup> Vgl. nur Geßler/Hefermehl/Bungeroth, AktG, § 68 Rn. 72; Lutter/Drygala, in: Kölner Komm AktG, § 68 Rn. 59; Wiesner/Kraft, in: Münch. Hdb. GesR, Bd. 4, § 14 Rn. 15; MünchKomm/Bayer, AktG, § 68 Rn. 36.

<sup>49</sup> Art. 10 Abs. 2 S. 4 des Gesetzes Nr. 90-1258 vom 31.12.1990.

<sup>50</sup> Art. 13 Nr. 4 des Gesetzes Nr. 77-2 vom 3.1.1977.

<sup>51</sup> Art. 4 S. 2 des Gesetzes Nr. 86-897 vom 1. August 1986 („Jede Aktienübertragung bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates oder des Aufsichtsrates“).

<sup>52</sup> Kaut, Übertragungsbeschränkungen, S. 53.

<sup>53</sup> § 2 Abs. 1 S. 1 LuftNaSiG beziehungsweise Art. L. 6411-5 des Code des transports.

<sup>54</sup> Than, Festschrift Nobbe, S. 791 (791).

gleich zu schaffen zwischen dem Interesse des Aktionärs, seine Aktien zu veräußern und dem Bedürfnis der Gesellschaft, die Zusammensetzung des Aktionärskreises zu kontrollieren.

Vinkulierungsklauseln und die zahlreichen von der Praxis entwickelten Strategien zu ihrer Umgehung beschäftigen sowohl die deutsche als auch die französische Rechtswissenschaft seit es die Aktiengesellschaft gibt. Zu vielen Problemen hat sich in Rechtsprechung und Literatur im Laufe der Zeit ein weitgehender Konsens herausgebildet.<sup>55</sup> Eine rechtsvergleichende Untersuchung dieser Lösungen ist allerdings in neuerer Zeit nicht unternommen worden.<sup>56</sup> Dabei ist diese besonders interessant. Wie sich im Laufe dieses Dissertationsvorhabens herausgestellt hat, gehen beide Rechtsordnungen zwar von denselben Grundsätzen aus (Grundsatz der freien Aktienübertragbarkeit einerseits, Bedürfnis der Steuerung des Aktionärskreises andererseits), sie haben jedoch vielfach sehr unterschiedliche Lösungsansätze gewählt, und zwar sowohl in Bezug auf Reichweite, Einführung und Anwendung von Vinkulierungsklauseln als auch zur Bewältigung von Umgehungsstrategien.

Die vorliegende Arbeit geht auf der Grundlage des in der Rechtsvergleichung herrschenden funktionalen Ansatzes vor.<sup>57</sup> Diese Methode beruht auf der Prämisse, dass sich in jeder Rechtsordnung im Wesentlichen dieselben oder zumindest sehr ähnliche Sachprobleme stellen, diese aber dogmatisch auf unterschiedlichsten Wegen gelöst werden. Aufgabe des Rechtsvergleichers ist es, das untersuchte Sachproblem losgelöst von der dogmatischen Einordnung und den Begrifflichkeiten der eigenen Rechtsordnung zu formulieren, um anschließend diejenigen Regelungen, die in den untersuchten Rechtsordnungen seiner Lösung dienen, zu ermitteln, darzustellen und in einem letzten Schritt zu vergleichen.

---

<sup>55</sup> Vgl. nur aus der neueren deutschen Literatur und höchstgerichtlichen Rechtsprechung: BGH, NJW 1987, 1019 (1020); BGH, NZG 2009, 1109 (1110); *Binz/Mayer*, NZG 2012, 201 ff.; *Burg/Marx*, Vinkulierungen und Konsortialverträge in Umwandlungsfällen, NZG 2013, 127 ff.; *Häckl*, Gesellschaften als Gesellschafter; Diss., 2010; *Heller/Timm*, NZG 2006, 257 ff.; *Kaut*, Übertragungsbeschränkungen im deutschen und US-amerikanischen Gesellschaftsrecht; Diss., 2009; *Liebscher*, ZIP 2003, 825 ff.; *Liebscher/Lübke*, ZIP 2004, 241 ff.; *Lutter/Grunewald*, AG 1989, 109 ff. u. AG 1989, 409 ff.; *Mittermeier*, Beteiligungskontrolle durch Anteilsvinkulierung, Diss., 2008; *Reichert*, GmbHR 1995, 176; *Schinzler*, Teileingezahlte Namensaktie, Diss., 1999; *K. Schmidt*, GmbHR 2011, 1289; *Sievekings/Technau*, AG 1989, 17; *Skauradzun*, NZG 2012, 1244; *Stoppel*, WM 2008, 147; *Stupp*, NZG 2008, 205; *Than*, Die Übertragung vinkulierter Namensaktien im Effekten giroverkehr, in: Festschrift Nobbe, 2009; S. 791; *Wirth*, DB 1992, 617 ff. sowie die Ausführungen in den Kommentierungen zu § 68 AktG; zur französischen Literatur, vgl. die im Literaturverzeichnis zitierten Urteilsanmerkungen.

<sup>56</sup> Zuletzt *Schönhofer*, Vinkulierungsklauseln betreffend Übertragungen unter Lebenden von Namensaktien und GmbH-Anteilen unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in der Schweiz und in Frankreich, 1972.

<sup>57</sup> *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 33 ff.

# Sachregister

Kursiv gedruckte Seitenzahlen verweisen auf die Darstellungen zum französischen Recht.

Abänderung der Vinkulierungsklausel

- Aufhebung 32, 35, 42 f., 87, 99, 100
- Erleichterung 42 f.
- Verschärfung 41 ff., 205

*abus de droit*, siehe *contrôle de l'abus*

*abus d'égalité* 167 f., 172, 332, 360

*abus de majorité* 167, 169, 171 f., 332, 360

*abus de minorité* 167 f., 172, 332, 360

*action*

- *à dividende prioritaire* 115
- *ordinaire* 115
- *de préférence* 115
- *de priorité* 115

*affectio societatis* 180, 359

Aktie

- börsennotierte Aktie, siehe Börsenzulassung
- Erwerb eigener Aktien, siehe eigene Aktien
- Inhaberaktie, siehe dort
- Namensaktie, siehe dort
- Veräußerung eigener Aktien durch die Gesellschaft, siehe eigene Aktien
- Verbriefung, siehe dort

Aktienübertragung

- durch alle Aktionäre 31 ff.
- durch Alleinaktionär 31 ff.
- *cession*, siehe dort
- Formbedürftigkeit 8, 27
- Pflicht zur, siehe Veräußerungspflicht
- *transmission*, siehe dort

Aktienvermietung, siehe *location d'actions*

Alleinaktionär, siehe Aktienübertragung

Andienungspflicht 27, 28

Ankaufsrecht 27, 231, 232

Anwendungsbereich von Vinkulierungsklauseln

- Arbeitnehmerwertpapiere 131
- erfasste Rechtsgeschäfte 23 ff., 113 ff., 130 ff., 200 f.
- erfasste Wertpapiere 13 ff., 113 ff., 199 f.
- gesetzlicher Eigentumsübergang 25, 118 ff.
- persönlicher Anwendungsbereich 127 ff., 130 ff., 204
- rechtsgeschäftlicher Eigentumsübergang 25, 118 ff.
- satzungsautonome Einschränkung 29 ff., 132 f., 201 f.
- satzungsautonome Erweiterung 24 ff., 26 ff., 201 f.
- Übertragung im Rahmen der Beendigung des Güterstandes 131, 204
- Übertragung an Ehegatten, Abkömmlinge oder Vorfahren 131 ff., 204
- Übertragung an Mitaktionäre und sonstige Dritte 127 ff.

Aufhebung der Vinkulierung, siehe Abänderung der Vinkulierungsklausel

Bedingung, siehe Zustimmungserklärung

Befangenheit, siehe Stimmverbot

Befristung, siehe Zustimmungserklärung

Bewertung der Wertpapiere 184 ff.

- Bewertungsklausel 186 ff.
- Bindungswirkung 189 ff., 211
- Sachverständigengutachten 184 ff., 211, 365
- Bezugsrecht, Vinkulierung von 51 ff.
- Börsennotierte Aktiengesellschaft, siehe Börsenzulassung
- Börsenzulassung 16 ff., 98 ff., 116 ff., 205 ff.
  
- certificats de droit de vote* 115
- certificats d'investissement* 115
- cession (à quelque titre que ce soit)* 118 ff., 201 f.
- clauses d'agrément* 9
- contrôle de l'abus* 164 ff., 179
- convention de croupier*
  - Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel 344
  - Begriffsbestimmung 342 ff.
  - rechtsvergleichende Betrachtungen 357 ff., 359
  - Umgehung der Vinkulierung 344 ff.
- convention de vote*
  - rechtsvergleichende Betrachtungen 355
  - Verbot der Stimmrechtsabspaltung 319 f., 334, 352, 354
  - vinkulierungsumgehende Stimmbindung 331 ff., 333 ff. 337
  - Zulässigkeit 320 ff., 337 ff.
  
- droits discrétionnaires* 162 ff., 209
- droit fonction* 318
- droit de repentir* 192 ff.
  
- Eigene Aktien
  - Erwerb durch die Gesellschaft 35 f., 180 ff., 228
  - Veräußerung durch die Gesellschaft 37 ff.
- Einführung der Vinkulierungsklausel
  - Kapitalerhöhung 44 ff., 206
  - Mehrheitserfordernisse 41 ff., 137 ff., 206
  - Publizität, französisches Recht 141 ff.
  - rechtsvergleichende Betrachtungen 205 f.
  
- Zustimmungserfordernis 41 ff.
- Einzelrechtsnachfolge 25, 118 ff., 363 f.
- Einziehungsklausel 3, 215 f., 219, 228 ff., 241, 257 ff.
- Entscheidungsmaßstab, siehe Zustimmungsgesellschaftsentscheidung
- Erklärungsfrist, siehe Zustimmungserklärung
- Erleichterung der Vinkulierung, siehe Abänderung der Vinkulierungsklausel
- Erwerbsfrist 181 ff.
- Erwerbspreis 184 ff.
- Erwerbstreuhand, siehe Treuhandabreden
  
- fiducie* 348 ff.
  - Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel 349 f.
  - Begriffsbestimmung 348 ff.
  - rechtsvergleichende Betrachtungen 357 ff.
  - Umgehung der Vinkulierung 350 ff.
- fraude* 327, 334 ff., 347, 356 ff., 360, 366
- fraus omnia corrumpit* 330, 334, 339, 341, 345, 349, 356 f., 359, 366 f.
- Freiberufleraktiengesellschaft 9, 40, 93, 95, 198
- Freie Handelbarkeit, siehe Handelbarkeit, frei
- Freie Übertragbarkeit der Mitgliedschaft, Grundsatz der 4, 5, 8, 10, 26, 27, 52, 56, 72, 106, 121, 123, 125, 137, 141, 164, 167, 256, 257, 294
- Freiheit der Stimmrechtsausübung, Grundsatz, siehe *liberté de vote*
- Fremdorganschaft 1
- Fungibilität 18 ff., 98 ff.
- Fungibilitätserklärung 21 ff., 98 ff.
  
- Gelatine*-Rechtsprechung 74 ff.
- Gerichtliche Überprüfbarkeit der Entscheidung über die Zustimmung, siehe Zustimmungsgesellschaftsentscheidung
- Gesamtrechtsnachfolge 25 f., 121 ff., 130 ff., 202 f.
- Rechtsnachfolge von Todes wegen 25, 122, 128, 130 ff.

- Spaltung, 25, 120, 121
  - Umwandlung 25, 120 ff., 202, 207
  - Verschmelzung 25, 120 ff., 202
- Gesetzlicher Eigentumsübergang, siehe Anwendungsbereich von Vinkulierungsklauseln
- Gleichbehandlung der Aktionäre, Grundsatz der 30, 34, 36 f., 49, 94, 96 ff., 103, 133, 221, 338

Handelbarkeit, frei 16 ff.

*Holzmüller*-Rechtsprechung 74 ff.

Inhaberaktie 14 ff., 20, 114, 129

Insolvenz

- Entscheidungszuständigkeit, siehe dort
- Insolvenz eines Aktionärs 240 ff., 251 ff., 255
- Insolvenz der vinkulierten Gesellschaft 245, 254, 255
- Zustimmungsbefähigung der Beschlussnahme 240 f.
- Zustimmungsbefähigung der Verwertung 241 ff.
- rechtsvergleichende Betrachtungen 255 f.

Kapitalerhöhung 14, 44 ff., 206, 213, 254

*liberté de vote, principe de* 320, 322

*libre négociabilité, principe de* 4

Liquidation. Zuständigkeit für Zustimmungsentscheidung 80, 153 f., 208

*liquidation judiciaire* 252

*location d'actions* 250

*Lock-up agreement* 27

Lösbarkeit der Mitgliedschaft 2, 202, 364

Luftfahrtgesellschaften 35, 198

Missbrauchskontrolle, siehe *contrôle de l'abus*

Mittelbare Anteilsübertragung 287, 289, 358

Namensaktie 9, 14 ff., 114, 213 ff., 233 ff.

*Nantissement*

- Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel 248 ff.
- Nebenabreden, schuldrechtliche 28, 230 f.
- Nebenleistungsgesellschaft 2, 8
- Normanwendungstheorie 269 ff., 275, 287 f., 366

*Obligation de loyauté*, 360

Persönlicher Anwendungsbereich, siehe Anwendungsbereich von Vinkulierungsklauseln

*Pfändung*, siehe Zwangsvollstreckung

Pflicht zur Aktienübertragung, siehe Veräußerungspflicht

*plan de cession* 252 f.

*portage d'actions*

- Begriffsbestimmung 346 f.
- Umgehung von Vinkulierungsklauseln 347 f.

*procédure de redressement judiciaire* 251

*procédure de sauvegarde* 251

Rechtsnachfolge von Todes wegen, siehe Gesamtrechtsnachfolge

REIT-Aktiengesellschaft 14

Sachlicher Anwendungsbereich, siehe Anwendungsbereich von Vinkulierungsklauseln

*saisie-vente*

- freihändiger Verkauf 246 f.
- Zustimmungsbefähigung der Pfändung 245 ff.
- Zustimmungsbefähigung der Verwertung 246 ff.
- Zwangsversteigerung 247 f.

Satzungsautonomie, Grundsatz der 149, 159, 241, 305

Satzungsstrenge, Grundsatz der 14, 16, 23, 27 f., 34, 57, 90, 92, 103, 159, 206 f., 241, 297, 314 ff.

Schadenersatz 28 f., 73, 86, 108 f., 135, 145, 160, 168, 180, 183 f., 192, 195 ff., 284, 289, 293, 302, 321, 322, 354 f.

- Rechtsmissbrauch 168
- Verstoß gegen schuldrechtliche Nebenabrede 28, 135
- Schadenersatzanspruch des Veräußers 86, 108 f., 134 f., 195 ff.
- Schadenersatzanspruch gegen den Veräußerer 145, 160, 180, 289, 293
- Stimmbindungsabrede 302, 322, 354 f.
- Schuldrechtliche Nebenabreden 28, 230 f.
- sociétés d'exercice libéral à forme anonyme* 9, 198
- Spaltung, siehe Gesamtrechtsnachfolge
- Stimmbindungsabreden
  - Begriffsbestimmung 301 ff.
  - Stimmrechtsabspaltung, Verbot der 303, 305, 310, 319, 334, 352, 354
  - Umgehung der Vinkulierung, Rechtsfolgen 309, 331 ff., 335 ff., 337
  - Umgehung der Vinkulierung, Voraussetzungen 306 ff., 331 ff.
  - Zulässigkeit 303 f., 319 ff., 332 ff., 336, 337 ff.
- Stimmrechtsvollmachten
  - Umgehung der Vinkulierungsklausel, Rechtsfolgen 313 ff., 339 f.
  - Umgehung der Vinkulierungsklausel, Tatbestand 310 ff., 339 f.
  - Zulässigkeit 310, 318 ff.
- Stimmverbote 59 ff., 156 ff., 208, 278, 294 ff., 299 f., 303, 335
- Störung des Börsenhandels 16, 20 f., 205
  
- Teileingezahlte (Namens)aktie 8, 93, 114, 272
- Teilzustimmung, siehe Zustimmungserklärung
- titres de capital* 115
- transmission* 125 ff.
- Treuepflicht 65, 105, 159, 227, 232, 244, 274, 277, 279, 281 ff., 292 ff., 304 ff., 309, 311, 311, 315, 317, 363 f.
- Treuhandabreden 261 ff., 341 ff., 354 ff.
  
- Aktienerwerb durch Treuhänder, siehe Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel
- Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel, siehe Treuhandabrede
- Begriffsbestimmung 262 ff.
- *convention de croupier*, siehe dort
- Erwerbstreuhand 262, 265 ff.
- *fiducie*, siehe dort
- *portage d'actions*, siehe dort
- Übertragungstreuhand 262, 265 ff.
- Umgehungsgeschäft 268 ff., 282 f., 283 ff., 286 ff., 286 ff., 344 ff., 347 f., 349 ff.
- Umgehung der Vinkulierungsklausel, Rechtsfolgen 275 ff., 279 ff., 282 f., 345 f.
- Unterbeteiligung 263 ff., 284 f., 305, 342
- Vereinbarungstreuhand 262, 268
- Verwaltungstreuhand, uneigennützig, siehe dort
  
- Übertragungstreuhand, siehe Treuhandabreden
- Umgehung von Vinkulierungsklauseln
  - Insolvenz, siehe dort
  - Pfändung, siehe dort
  - Stimmbindungsabreden, siehe dort
  - Stimmrechtsvollmachten, siehe dort
  - Treuhandabreden, siehe dort
  - Verpfändung, siehe dort
- Umwandlung, siehe Gesamtrechtsnachfolge
- Unterbeteiligung, siehe Treuhandabreden
- Unverbriefte Mitgliedschaftsrechte, siehe Verbriefung
  
- valeurs mobilières donnant accès au capital* 115
- Veräußerungspflicht 28, 37, 38
- Verbriefte Mitgliedschaftsrechte, siehe Verbriefung
- Verbriefung 5, 14 ff., 40, 213 f., 219, 223, 225, 233 f., 239
- Vereinbarungstreuhand, siehe Treuhandabreden

- Verkehrsfähigkeit der Kapitalbeteiligung 3 f.
- Verortung der Vinkulierungsklausel 39 ff., 133 ff., 205
- Verpfändung
- anwendbare Vorschriften 233 f.
  - *nantissement*, siehe dort
  - Zustimmungsbefähigung der Verpfändung u. Verwertung 234 ff., 248 ff., 258 f.
  - rechtsvergleichende Betrachtungen 258 f.
- Verpflichtungsfähigkeit 280, 285, 290
- Verschärfung der Vinkulierung, siehe Abänderung der Vinkulierungsklausel
- Verschmelzung, siehe Gesamtrechtsnachfolge
- Verstoß gegen die Vinkulierungsklausel 179 f.
- Vertragsfreiheit, Grundsatz der 28, 30, 123, 135, 157, 175, 288, 326, 343, 352, 354
- Vertragsstrafe 29, 105, 284, 302, 321, 355
- Verwaltungstreuhand, uneigennützig 263, 273
- Vor-AG 14
- Vorerwerbsrecht 119, 125, 129, 132, 257
- Vorkaufsrecht 4, 28, 120, 129, 136, 138, 141, 184, 228, 230, 321, 248, 252
- Wertpapiere
- Aktie, siehe dort
  - auf regeltem Markt gehandelt 115
  - auf den Namen lautend 114 f.
  - Inhaberwertpapiere 114 f.
  - Zugang zur Aktionärsstellung während 115, 199
- Zuständigkeit
- Aufsichtsrat 31 ff., 34, 38, 56 ff., 61 ff., 206 ff., 297
  - Entscheidungszuständigkeit 34, 38, 55 ff., 62 ff., 74 ff., 146 ff., 155 f., 206 ff.
  - Erklärungszuständigkeit 53 f., 55 ff., 60 ff.
  - fehlende Satzungsbestimmung, 53, 55, 155 f., 207 f.
  - Hauptversammlung 22, 32, 38, 55 ff., 59 ff., 74 ff., 206 ff.
  - Insolvenz 80, 153 f., 208
  - Liquidation 80, 153 f., 208
  - nachträglicher Wegfall des zuständigen Organs 155 f., 207 f.
  - rechtsvergleichende Betrachtungen 206 ff.
  - Stimmverbot, siehe dort
  - Vorstand 32 ff., 53 ff., 55 f., 60 ff., 206
  - Zulässigkeit einer zweiten Entscheidungsinstanz 58, 153
- Zustimmungsanspruch, siehe Zustimmungsgesamtentscheidung
- Zustimmungsgesamtentscheidung
- gerichtliche Überprüfbarkeit 110 ff., 178 ff.
  - Notwendigkeit einer Begründung 103 ff., 173
  - Maßstab 81 ff., 162 ff.
  - Zuständigkeit, siehe dort
  - Zustimmungsanspruch 101 f.
- Zustimmungsantrag, 76, 81, 86, 89, 105, 143 ff.
- Zustimmungsfiktion 181
- Zustimmungsverfahren 80 ff., 142 ff.
- Zustimmungsantrag, siehe dort
  - Zustimmungserklärung, siehe dort
  - Zustimmungsgesamtentscheidung, siehe dort
  - rechtsvergleichende Betrachtungen 206 ff.
- Zustimmungs(verweigerungs)erklärung
- Bedingung 82 ff., 84 ff., 173 f.
  - Befristung 82 ff., 84 ff.
  - Blankoeinwilligung 87 f.
  - Erfordernis ausdrücklicher Erklärung 162
  - Frist 88 ff., 161
  - Rechtsfolgen 106 ff., 180 ff.
  - Teilzustimmung 177 f.
  - Zuständigkeit, siehe dort
- Zwangsvollstreckung
- alternative Schutzmechanismen 227 ff.

- Anwendbarkeit der Vinkulierungsklausel 214 ff., 245 ff., 255 ff.
- anwendbare Vorschriften 215 f.
- *saisie-vente*, siehe dort
- rechtsvergleichende Betrachtungen 255 ff.
- Zwecke der Vinkulierung 5 ff.
- Zwischenschein 13 f.